

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Dr. Katharina Focke MdEP,
Spitzenkandidatin der SPD
für die Europawahl und
Dr. Hans-Jochen Vogel MdB,
Vorsitzender der SPD-Bun-
destagsfraktion, zum Schei-
tern des EG-Gipfels in
Brüssel: Europa wieder
Hoffnung geben.

Seite 1

Dr. Jürgen Schmude MdB,
Stellvertretender Vorsit-
zender der SPD-Bundestags-
fraktion, zur Deutschland-
politik (II): Kontakte
zur Volkskammer - ein Bei-
trag zur Normalisierung.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB
zur Umweltschutzpolitik
der Bundesregierung: Nur
Worte, keine Taten.

Seite 4

Horst Seefeld MdEP, Vor-
sitzender des Verkehrsaus-
schusses des Europäischen
Parlaments, zum Beschluß
des Europäischen Parla-
ments gegen Autobahnge-
bühren: Mautzahlungen ab-
schaffen.

Seite 6

39. Jahrgang / 57

21. März 1984

Europa wieder Hoffnung geben

Zum Scheitern des EG-Gipfels in Brüssel

Von Dr. Katharina Focke MdEP
Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl und

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Sozialdemokraten bedauern das erneute Scheitern des Europäischen Rates. Die Gemeinschaft ist damit endgültig in Gefahr, eine der wichtigsten Errungenschaften nach 1945, nämlich die europäische Einigung zu verspielen.

In dieser Situation geht es den Sozialdemokraten heute nicht um wechselseitige Schuldvorwürfe, obwohl Bundeskanzler Kohl sich fragen lassen muß, ob er nicht in der Zeit der deutschen Präsidentschaft Wesentliches versäumt hat. Es geht uns vielmehr darum, die Gemeinschaft zu retten. Zu diesem Zweck bieten die Sozialdemokraten der Bundesregierung erneut ihre konstruktive Mitarbeit an. Allerdings ist es in erster Linie Sache des Bundeskanzlers, die konservative Regierung Großbritanniens und vor allem Frau Thatcher zu einer klaren Äußerung darüber zu bringen, welche Opfer sie eigentlich für den Fortbestand der Gemeinschaft zu bringen bereit ist.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Kommunisten kämpfen
mit bewährten Methoden
für ein besseres Leben



Der von den Landwirtschaftsministern erzielte Agrarkompromiß begegnet erheblichen Bedenken, weil er keine wirkliche Umkehr bedeutet und keine längerfristige Perspektive erkennen läßt.

Außerdem fehlt ein konkreter, weiterführender Ansatz für eine europäische Beschäftigungs-, Technologie-, Forschungs- und Industriepolitik, die die Mittel und Möglichkeiten der Gemeinschaft stärker auf diese für die industrielle Zukunft Europas und damit vor allem für die Arbeitnehmer entscheidenden Felder konzentriert.

Die Bundesregierung muß außerdem der deutschen Öffentlichkeit schon jetzt Klarheit über die Belastungen verschaffen, die sich nach dem Stand der Verhandlungen bereits in Milliardenhöhe abzeichnen. Sie muß auch sagen, wie diese Summen aufgebracht werden sollen. Dem Versuch, auch diese Belastungen in sozial ungerechter Weise den sozial Schwächeren aufzubürden, werden wir entschieden Widerstand leisten.

Auch im Agrarbereich muß alles geschehen, um einer Bevorzugung der Einkommensstärkeren auf Kosten der Einkommenschwächeren entgegen zu wirken.

Die Regierungen Europas sind aufgerufen, bis zum Tag der Europawahl am 17. Juni 1984 Lösungen zu finden, die den Beitritt Spaniens und Portugals endgültig ermöglichen, die Krise überwinden und Europa wieder Hoffnung geben. Sozialdemokraten werden diese Fragen verstärkt in den Mittelpunkt ihres Europawahlkampfes rücken.

(-/21.3.1984/ks/rs)

+ + +



Zur Deutschlandpolitik (II)

Kontakte zur Volkskammer - ein wichtiger Beitrag zur Normalisierung

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

An kaum einem Beispiel wird die Widersprüchlichkeit der von der Bundesregierung betriebenen Deutschlandpolitik so deutlich sichtbar wie an ihrer Haltung zu offiziellen Kontakten zwischen Bundestag und Volkskammer.

Der Bundeskanzler hat es für richtig gehalten, sich in den innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten der CDU auf die Seite derer zu stellen, die solche Kontakte ablehnen. Wie verträgt sich das mit dem Ausbau der Beziehungen auf allen Ebenen, die derzeit praktisch erfolgt? Soll die wichtige Ebene der Volkskammer ausgespart bleiben?

Man mag Zustandekommen und Funktion dieses Parlaments skeptisch beurteilen, sollte aber doch in seiner vollen Tragweite zur Kenntnis nehmen, daß der Volkskammer die gesamte politische Führung aus Partei und Staat und darüberhinaus gewichtige Persönlichkeiten aus der ganzen DDR angehören. Damit bietet sie die Möglichkeit wichtiger und auf Dauer auch wirksamer politischer Gespräche, die nicht ungenutzt bleiben darf.

Wir Sozialdemokraten bemühen uns seit langem darum, einen Kontakt zwischen Bundestag und Volkskammer zustande zu bekommen. Gern hätten wir ihn gemeinsam mit den anderen Fraktionen des Bundestages aufgenommen. Trotz ermutigender Hinweise aus allen Fraktionen ist das nicht möglich gewesen. Deshalb sind wir vorangegangen und haben den Beweis dafür erbracht, daß solche Begegnungen nicht nur in einem angemessenen Rahmen möglich sind, sondern daß sie für die Verständigung zwischen beiden Seiten auch erheblichen Nutzen haben.

In aller Offenheit haben wir bei unserem Besuch Anfang März auch diejenigen Zustände angesprochen, denen unsere deutliche Kritik gilt. Die Offenheit wurde erwidert. Beides hat die Ergiebigkeit der Gespräche nicht beeinträchtigt.

In aller Eindeutigkeit haben wir von vornherein darauf Wert gelegt, daß unsere mitreisenden Berliner Kollegen völlige Gleichbehandlung erfahren mußten. Das ist ohne irgendwelche Kontroversen in befriedigender Weise gewährleistet worden.

Wir sehen uns in unserer Hoffnung enttäuscht, daß der positive Verlauf des Besuchs der Regierungskoalition hilft, ihre inneren Widersprüche zu überwinden. Sie macht es sich stattdessen noch schwerer. Sie wird aber auf Dauer nicht darum herumkommen, auch auf der Parlamentsebene ihren Beitrag zur Normalisierung zu leisten. Bei der FDP scheint diese Einsicht schon vorzuherrschen, wie wir den wiederholten Äußerungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ronneburger entnehmen können. In der Union ist Herr Staatsminister Jenninger mit seiner Andeutung einer flexiblen Haltung in dieser Frage bisher in der Minderheit geblieben.

Für die Ablehnungsgründe der Mehrheit kann man unser Verständnis wirklich nicht erwarten. Die Forderung nach Gleichbehandlung der Berliner Abgeordneten ist positiv erledigt, zuletzt durch unsere praktischen Erfahrungen vor einigen Tagen.

Wer die Volkskammer ablehnt, weil sie unseren Vorstellungen von einem Parlament nicht entspricht, der mag prüfen, welche Kontakte zu anderen Parlamenten er nach diesen Maßstäben abrechnen müßte. Die Unhaltbarkeit dieser Kritik wird dabei sichtbar werden. Oder sollen gar, nachdem selbst der Springer-Verlag bei seiner "Gänsefüßchen-Politik" schwankend geworden ist, von Unions-Politikern neue Gänsefüßchen bei der "sogenannten Volkskammer" in die Deutschlandpolitik eingeführt werden?

Wir hoffen sehr, daß die Bundesregierung sich diese Konsequenzen ihrer Haltung eingehend überlegt und danach das Notwendige, längst Fällige tut.

Nach einiger Zeit wird eine Delegation der Volkskammer der von unserer Fraktion ausgesprochenen Gegeneinladung folgen. Sie sollte in Bonn auf Gastgeber treffen, die einen Streit hinter sich gebracht haben, der anmutet, als sei er uns aus der Zeit des Alleinvertretungsanspruchs übriggeblieben. + + + (-/21.3.1984/ks/rs)

Nur Worte, keine Taten

Der Umweltschutz leidet an einem Vollzugsdefizit

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Bundesregierung betreibt keine wirkungsvolle Umweltpolitik, obwohl man zugeben muß, daß sich der Bundesinnenminister eindrucksvoll bemüht, den Eindruck vom Gegenteil zu erwecken.

Mit seinem vielberedeten Großvorhaben, der Einführung des bleifreien Benzins, ist er noch keinen konkreten Schritt vorangekommen.

Die Verordnungen zur Verringerung der Luftverschmutzung, die Neufassungen der TA Luft und der Großfeuerungsanlagenverordnung wurden zwar zur Freude von Zimmermann, der kostenlos ein verbessertes Umweltschützerimage erhielt, von den betroffenen Wirtschaftsverbänden kritisiert, sind aber, wie sich immer mehr zeigt, viel zu zahnlos und weitgefaßt.

Wie es um die Durchsetzungsfähigkeit ökologischer Belange in der Bundesregierung ansonsten bestellt ist, zeigen folgende Beispiele:

1.

Die Konferenz der Umweltminister ist zu der richtigen Auffassung gekommen, daß das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935 zu ändern ist, um dem Umweltschutz nicht erst als teuren Filter am Ende des Kamines, sondern schon vorher bei der Zielplanung der Versorgungsunternehmen, bei der Auswahl der Standorte und der Art der Anlagen Gewicht zu verschaffen. Die Umweltminister wollten ihre sehr vernünftigen und detaillierten Vorschläge von der Bundesregierung zunächst nur geprüft wissen.

Selbst diese Prüfung wird vom Wirtschaftsgrafen abgeschmiert. Offizielle Begründung seines Staatssekretärs Grüner in der Fragestunde des Bundestages: Die Aufnahme des Zieles Umweltschutz in das Energiewirtschaftsgesetz würde die Gefahr "einer weiteren Bürokratisierung heraufbeschwören". So einfach läßt sich der Umweltschützer Zimmermann abbürsten.

2.

Die Umweltministerkonferenz hat beschlossen, daß die Entwässerung von Feuchtgebieten nicht mehr als Verbesserung der Agrarstruktur gefördert werden sollte. Der Landwirtschaftsminister hält von diesem Vorschlag nichts und will weiter fördern. Staatssekretär Gallus muß in seiner Argumentationsnot dem Deutschen Bundestag berichten, daß auf seinen eigenen Wiesen bereits Froschteiche und Feuchtgebiete erstellt worden sind. Nichts gegen Herrn Gallus als umweltbewußten Landwirt, aber



sein Froschteich rechtfertigt noch lange nicht eine ökologisch unsinnige Agrarförderung. Auch hier kann sich der Umweltminister nicht durchsetzen.

3.

Es ist spätestens seit den letzten, häufiger gewordenen Hochwasserkatastrophen an Rhein, Mosel und anderen großen Flüssen deutlich geworden, daß zwischen diesen Hochwassern und der Versiegelung und Überbauung der Landschaft und der Kanalisierung und Begradigung natürlicher Wasserläufe aller Größenordnungen ein Zusammenhang besteht: Das Regenwasser fließt mehr ab und wird von den kanalisierten Wasserläufen schneller in die großen Flüsse geführt. Im Prinzip kommt es dadurch zu größeren und häufigeren Hochwassern. Der Bundesinnenminister bestätigt in der Beantwortung von Anfragen diesen Zusammenhang. Praktische Folgen hat dies aber nicht.

Der Landwirtschaftsminister, der via Flurbereinigung und Agrarstrukturverbesserung viele der unter dem Aspekt des Hochwasserschutzes problematischen Maßnahmen fördert, ist der Auffassung, daß diese Feststellung auf seine Maßnahmen jedenfalls nicht zutrifft. Den Verkehrsminister interessiert die Auswirkung des von ihm geförderten Verkehrswegebau auf Wasser und Wasserhaushalten nicht, da er - so seine engstirnige Begründung - für die Verkehrserschließung, nicht aber ihre ökologischen Folgen in der Wasserwirtschaft zuständig ist.

Auch hier wäre der Umweltminister gefordert.

Fazit:

Es heißt oft, der Umweltschutz in der Bundesrepublik leide an einem Vollzugsdefizit. Im Bereich des Bundes fängt dieses Defizit auf der Kabinettsebene an.

Der für den Umweltschutz zuständige Innenminister kann sich gegen seine Ressortkollegen, seien es Wirtschafts-, Landwirtschafts-, oder auch Verkehrsminister nicht durchsetzen. Sein Verdienst für den Umweltschutz besteht allenfalls darin, daß er im Gegensatz zu manchen seiner Kabinettskollegen für die Entstehung der Probleme nicht verantwortlich ist, die er aber auch nicht löst.

(-/21.3.1984/ks/rs)

+ + +



Gegen Autobahngebühren

Das Europäische Parlament fordert, möglichst bald alle Mautzahlungen abzuschaffen

Von Horst Seefeld MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Mehrfach hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Jobst die Einführung von Autobahngebühren in der Bundesrepublik gefordert. Dabei ritt er auf der Welle der Ausländerfeindlichkeit und hoffte vermutlich, Stimmen für sich und seine Freunde bei der Kommunalwahl in Bayern zu gewinnen. Jobst machte sich das Gerede von Stammtisch-Strategen zu eigen, "wir Deutsche zahlen im Ausland und die fahren hier frei herum". Gerne wird bei solcher Argumentation übersehen, daß Deutsche und Ausländer im Ausland zahlen und Deutsche und Ausländer in Deutschland frei auf den Bundesautobahnen fahren können. Also müßten - wegen des Gleichheitsprinzips und der Nicht-Diskriminierung von EG-Bürgern - bei den Plänen des Herrn Jobst auch Bundesbürger einen Autobahnbeitrag leisten. Da war der CSU-Abgeordnete bei seinen Vorstellungen listig: Deutsche kaufen bei der Post eine Plakette und erhalten den Betrag bei der Kfz-Steuer abgezogen. Also wieder zurück. So einfach glaubte der Gebühren-Fan das alles zu regeln, ohne dabei an die verschiedenen Problematiken seines Vorschlages zu denken.

Was soll's? Hauptsache ein Plan ist hinausgepustet und die Presse berichtet darüber. Das ist ja auch geschehen und Herr Jobst wurde gedruckt. Schon beim ersten Verkünden des Jobst-Vorschlages zum Jahresanfang protestierten erfreulicherweise auch CDU-Kollegen aus dem Europäischen Parlament gegen den bayerischen Bundestagsabgeordneten. "Silvesterschmerz" war eine der zutreffenden Bemerkungen aus christdemokratischen Kreisen. Doch Jobst ließ nicht locker und auch Minister Dollinger wollte zunächst seinem CSU-Parteifreund nicht zu nahe treten. Der Bundesverkehrsminister wollte in der EG darüber nachdenken. Irgendwann griff sogar der Kanzler ein und machte dem Spuk ein Ende: Die Bundesregierung ist gegen die Einführung von Autobahngebühren, erklärte er. Und damit verfolgte auch Dollinger das Thema nicht weiter.

Jetzt hat sich das Europäische Parlament einstimmig und unmißverständlich geäußert. In einer Resolution, die in der letzten Plenar-Sitzungswoche angenommen wurde, heißt es unter anderem: "Das Europäische Parlament ist besorgt über die Entscheidung der Schweiz, Autobahngebühren einzuführen. Das Europäische Parlament fordert die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft auf, nicht in gleicher Weise zu verfahren, sondern dafür zu sorgen, daß möglichst bald alle Mautzahlungen und Autobahngebühren in der Gemeinschaft abgeschafft werden."

Wie gesagt, daß ist die einmütige Meinung der Europapolitiker, die auch von CDU/CSU-Kollegen voll und ganz mitgetragen wird. Also: Keine neuen Autobahngebühren und weg mit den alten, die noch kassiert werden!"

(-/21.3.1984/eh/rs)

+ + +

